

# SERBIEN

## Gewerkschaftsmonitor

Juni 2025

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

### POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

#### POLITISCHE ENTWICKLUNG

Seit über einem Jahrzehnt lenkt Aleksandar Vučić mit seiner Serbischen Fortschrittspartei (SNS) die Geschicke im Land. Obwohl Vučić als Staatspräsident qua Amt nur eine repräsentative Rolle einnimmt, ist es seine politische Handschrift, welche die Politik in Serbien sowohl innen- als auch außenpolitisch bestimmt. Die Opposition sowie internationale Beobachter kritisieren die eingeschränkte Pressefreiheit, die Missachtung demokratischer Verfahren und die Schwächung der Gewaltenteilung zugunsten einer übermächtigen Exekutive gegenüber dem Parlament.

Im Jahr 2024 erlebte Serbien eine tiefgreifende politische Krise, ausgelöst durch den Einsturz des Bahnhofs in Novi Sad am 1. November, bei dem 16 Menschen ums Leben kamen. Die Katastrophe wurde auf Korruption und Missmanagement bei der Renovierung des Bahnhofs zurückgeführt, was landesweite Proteste gegen die Regierung von Präsident Aleksandar Vučić auslöste. Besonders Studierende organisierten Demonstrationen und forderten Transparenz und Verantwortlichkeit.

Die Proteste führten zu mehreren Rücktritten, darunter der des Bauministers Goran Vesić im November 2024, des Bürgermeisters von Novi Sad, Milan Đurić, und schließlich des Ministerpräsidenten Miloš Vučević im Januar 2025. Dennoch setzten sich die Demonstrationen fort, mit Höhepunkten wie der Versammlung von über 275 000 Menschen in Belgrad im März 2025.

Die oppositionellen Kräfte, lange zersplittert und schwach, erhielten neuen Auftrieb durch die Protestbewegung, insbesondere durch die aktive Rolle studentischer Gruppen und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Parteien wie die »Grüne-Links-Front« (ZLF) und die »Volksbewegung Serbiens« (NPS) profitierten von der öffentlichen Empörung über Korruption und Intransparenz. Dennoch bleibt die Opposition institutio-

nell benachteiligt: Sie hat nur begrenzten Zugang zu großen Medienplattformen und ist häufig Repressionen durch staatliche Stellen ausgesetzt. Die Protestbewegung hat zwar das Potenzial für eine breitere demokratische Mobilisierung gezeigt, doch es bleibt abzuwarten, ob sich daraus eine stabile und handlungsfähige politische Alternative zur SNS entwickeln kann.

Ein weiterer Konfliktpunkt war der geplante Lithiumabbau durch den australischen Konzern Rio Tinto im Jadar-Tal. Trotz eines gerichtlichen Stopps im Jahr 2022 wurde das Projekt 2024 wieder aufgenommen, was zu Protesten führte. Die Demonstranten befürchten Umweltzerstörung und fordern ein generelles Verbot des Abbaus.

Im Jahr 2024 war der EU-Beitrittsprozess Serbiens von begrenzten Fortschritten und politischen Spannungen geprägt. Obwohl die Europäische Kommission die Eröffnung neuer Verhandlungskapitel empfahl, insbesondere im Bereich »Wettbewerbsfähigkeit und inklusives Wachstum« (Cluster 3), wurden weiterhin erhebliche Defizite in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit und Korruptionsbekämpfung festgestellt. Insbesondere im Justizwesen und bei der Meinungsfreiheit wurden kaum Fortschritte verzeichnet.

Ein zentrales Hindernis im Beitrittsprozess bleibt Serbiens außenpolitische Ausrichtung. Trotz mehrfacher Verurteilungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat Serbien bislang keine Sanktionen gegen Russland verhängt, was von mehreren EU-Mitgliedstaaten kritisiert wurde. Präsident Aleksandar Vučić betonte im August 2024, dass ein EU-Beitritt Serbiens bis 2028 unrealistisch sei und verwies auf die Komplexität der notwendigen Reformen.

Trotz dieser Herausforderungen signalisiert die EU weiterhin Interesse an einer Integration des Westbalkans. So wurde im Oktober 2024 ein Wachstumsplan in Höhe von 6 Milliarden Euro vorgestellt, der wirtschaftliche Unterstützung für die Region vorsieht, jedoch an die Umsetzung konkreter Reformen geknüpft ist.

Insgesamt bleibt der EU-Beitrittsprozess Serbiens ein komplexes Unterfangen, das sowohl von internen Reformbemühungen als auch von geopolitischen Faktoren beeinflusst wird.

## WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE IN SERBIEN

Die serbische und die europäische Wirtschaft bleiben weiterhin eng miteinander verflochten. Die EU ist mit rund 70 Prozent der serbischen Ausfuhren nach wie vor der wichtigste Handelspartner. Gleichzeitig zählen europäische Unternehmen zu den bedeutendsten Arbeitgebern in Serbien. Allein rund 400 deutsche Unternehmen beschäftigen mehr als 80 000 Menschen im Land, vor allem in der Automobil- und Zulieferindustrie.

Nach einem verhaltenen Wachstum in den Vorjahren verzeichnete die serbische Wirtschaft im Jahr 2024 ein reales BIP-Wachstum von 3,9 Prozent. Dieser Aufschwung wurde durch steigende Investitionen, staatliche Infrastrukturprojekte – insbesondere im Rahmen der Vorbereitungen auf die Expo 2027 in Belgrad – sowie durch eine zunehmende Inlandsnachfrage getragen. Die Inflation ging nach zuvor hohen Werten deutlich zurück und lag im Jahresdurchschnitt bei etwa 4,3 Prozent.

Die Einkommensunterschiede zwischen urbanen Zentren und ländlichen Regionen bestehen fort: In Großstädten wie Belgrad oder Novi Sad werden deutlich höhere Löhne gezahlt als beispielsweise im Süden und Osten des Landes. Armut bleibt eine große Herausforderung – ein erheblicher Teil der Bevölkerung lebt weiterhin unter prekären Bedingungen, insbesondere in strukturschwachen Regionen.

Geldüberweisungen aus dem Ausland stellen weiterhin eine zentrale Einkommensquelle dar. Auch wenn 2024 ein leichter Rückgang im Vergleich zu den Vorjahren zu verzeichnen war, machten sie immer noch über 7 Prozent des serbischen BIP aus. Die ausländischen Direktinvestitionen nahmen leicht zu, blieben jedoch unter dem Niveau von 2021.

Die öffentliche Staatsverschuldung stieg auf 52,6 Prozent des BIP, was in erster Linie auf Investitionen in Infrastrukturprojekte zurückzuführen ist. Dennoch weist Serbien weiterhin die niedrigste Arbeitslosenquote in der Region des westlichen Balkans auf – sie sank 2024 auf 8,1 Prozent.

Trotz außenpolitischer Spannungen – insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis zu Russland und die Haltung zu Sanktionen – bleibt die wirtschaftliche Anbindung an die EU entscheidend für die Stabilität Serbiens. Die Abhängigkeit von der EU als Absatzmarkt und von Russland als Energielieferant macht die serbische Wirtschaft jedoch nach wie vor anfällig für externe Schocks im Bereich Handel und Energieversorgung.

## GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT IN SERBIEN

Im Jahr 2024 blieb die gewerkschaftliche Landschaft in Serbien von tiefgreifenden strukturellen Herausforderungen, einer schwachen gewerkschaftlichen Organisation und dem zu-

nehmenden Druck auf Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse geprägt. Noch immer dominiert die Fragmentierung zwischen den großen gewerkschaftlichen Dachverbänden, während die gewerkschaftliche Organisation insbesondere im privaten Sektor und unter jungen Menschen niedrig ist.

Die Fabrik von »Fiat« in Kragujevac steht weiterhin im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Nach mehrjährigem Produktionsstillstand und monatelangen Auslandsaufenthalten serbischer Arbeiter im Rahmen von Schulungsmaßnahmen begannen 2024 die Vorbereitungen für die Produktion eines neuen Elektrofahrzeugs, die ab 2025 anlaufen soll. Es bleibt jedoch unklar, wie viele der Beschäftigten zurückkehren werden. Ein Teil der Arbeiterschaft äußert weiterhin Unzufriedenheit über die Arbeitsbedingungen, die Dauer der Entsendung ins Ausland und den mangelnden sozialen Dialog mit der Unternehmensleitung. Die Gewerkschaften bei Fiat kritisieren die Intransparenz des Prozesses und das Fehlen sozialer Garantien für alle Beschäftigten.

Angesichts eines zunehmenden Arbeitskräftemangels hat die serbische Regierung Mitte 2024 eine neue Verordnung verabschiedet, die die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in bestimmten Branchen – insbesondere im Bau- und Verarbeitungssektor – erleichtert. Die Zahl der Arbeitskräfte aus der Türkei, Indien und Nepal ist deutlich gestiegen, was Fragen nach dem Schutz von Arbeitsrechten und der sozialen Integration dieser Gruppen aufwirft. Gleichzeitig setzen sich die Auswanderungstendenzen fort: Deutschland bleibt das wichtigste Zielland, wobei besonders das Gesundheits- und das Transportwesen betroffen sind. In den vergangenen zwei Jahren haben mehrere Tausend Lkw-Fahrer und Pflegekräfte Serbien verlassen.

Ein wachsendes Phänomen ist die Plattformarbeit, die auch in Serbien zunehmend präsent ist. Schätzungen zufolge arbeiten etwa 10 000 Menschen im Bereich der Essenslieferdienste und anderen Plattformen, meist ohne formalen Arbeitsvertrag. Aufgrund fehlender gesetzlicher Regulierung gelten diese Personen als Selbstständige, wodurch sie kein Recht auf gewerkschaftliche Organisation oder arbeitsrechtlichen Schutz haben. Während dieser Status einigen den Bezug staatlicher Leistungen ermöglicht, führt er gleichzeitig zu rechtlicher Unsicherheit und fehlender sozialer Absicherung. Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen fordern zunehmend eine gesetzliche Regelung des digitalen Arbeitsmarktes und mehr Schutz für Plattformarbeiter.

Im Bildungssektor kam es Ende 2023 und Anfang 2024 erneut zu landesweiten Protesten. Die Lehrgewerkschaften forderten unter anderem eine Gehaltserhöhung von mindestens 15 Prozent, die Statussicherung nicht pädagogischer Mitarbeiter und die Klärung befristeter Arbeitsverhältnisse. Zwar wurde eine teilweise Anhebung der Grundgehälter durchgesetzt, die Gewerkschaften sehen jedoch weiterhin ungelöste strukturelle Probleme im Bildungswesen.

## GEWERKSCHAFTEN IN SERBIEN – FAKTEN UND DATEN

### HISTORISCHE ASPEKTE

Fast alle Gewerkschaftsdachverbände in der aktuellen Gewerkschaftslandschaft Serbiens sind zu verschiedenen Zeitpunkten aus dem »Bund der Selbstständigen Gewerkschaften Serbiens« SSSS (Savez Samostalnih Sindikata Srbije) hervorgegangen, dem Rechtsnachfolger der Einheitsgewerkschaft aus der Zeit des Realsozialismus. Diese Gewerkschaft hat mit Abstand die längste Tradition im Arbeitskampf der serbischen Geschichte. Zu Zeiten des Milošević-Regimes in den 1990er-Jahren sahen aber viele Beobachter in dieser Organisation lediglich eine verlängerte Hand der damaligen politischen Strukturen. Es konnte weder ein Potenzial für die Demokratisierung der Gesellschaft, eine Kooperationsbereitschaft mit den Reformgewerkschaften noch der Wunsch nach einer Transformation in Richtung Interessenvertretung von Arbeiter\_innen und Arbeitnehmer\_innen und zur Akzeptanz der Marktwirtschaft erkannt werden.

Dem SSSS ist es jedoch in den Transformationsjahren seit 2000 gelungen, sowohl seinen Immobilienbesitz an attraktiven Standorten in den größten serbischen Städten, als auch die innere Kohärenz einigermaßen aufrechtzuerhalten. Daher ist der SSSS bis heute der mächtigste Gewerkschaftsdachverband in Serbien. Er ist gekennzeichnet durch einen verzweigten Organisationsaufbau, der sich aus 28 Branchengewerkschaften sowie regionalen Räten und Ausschüssen in allen größeren Städten zusammensetzt. Diese überkommene, aus der früheren staatssozialistischen Ära stammende Organisationsstruktur mit vielen Entscheidungsstellen hat eine negative interne Streitkultur geschaffen und dazu geführt, dass die Partikularinteressen das Handeln des Verbandes bestimmen. Dies hat in der Vergangenheit zu Abspaltung und zur Etablierung neuer Gewerkschaftsorganisationen geführt.

Der Vorsitzende der SSSS, Ljubisav Orbović, amtiert seit 2007 und wurde auf dem 16. Kongress im Juni 2020 für das neue fünfjährige Mandat als Vorsitzender wiedergewählt. Die mitgliederstärksten Organisationen des SSSS bilden die Branchengewerkschaften aus dem Bildungswesen, der öffentlichen Verwaltung sowie der Metall- und Chemieindustriegewerkschaft. Obwohl keine verlässlichen Angaben zu Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in Serbien vorliegen, kann man davon ausgehen, dass etwa 45 Prozent der organisierten Mitglieder in Serbien in diesem Gewerkschaftsdachverband vertreten sind. Der SSSS ist der mitgliederstärkste Gewerkschaftsdachverband Serbiens, hat aber gleichzeitig mit dramatischem Mitgliederschwund zu kämpfen. Der neue Kongress des SSSS ist für den 28. Juni 2025 angesetzt. Auch der amtierende Vorsitzende, Ljubisav Orbović, hat seine Kandidatur angekündigt. Seine Chancen auf ein neues Mandat werden hoch eingeschätzt.

Der erste unabhängige Gewerkschaftsdachverband in Serbien, die UGS Nezavisnost, entstand ebenfalls in den turbulenten 1990er-Jahren als Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Politik des damals alleinigen Gewerkschaftsdachverbands SSSS und

des Wunsches nach einem demokratischen Umbruch im damaligen Jugoslawien. Das Gründungsjahr 1991 der UGS Nezavisnost markierte den Beginn des damaligen gewerkschaftlichen Pluralismus in Serbien. Der Gewerkschaftsverband Nezavisnost wurde sehr schnell nach seiner Gründung zu einem Teil einer breiten und international unterstützten politischen Bewegung gegen das Regime von Slobodan Milošević. Die UGS Nezavisnost nutzte die Möglichkeit zum europäischen Austausch anhand von Projektarbeit, um ihre Kompetenzen und ihre personelle Basis zu erweitern. Sie galt deshalb viele Jahre als gewerkschaftliche Avantgarde. Seit dem Jahr 2000 verliert UGS Nezavisnost jedoch viele Mitglieder, vor allem wegen interner Streitigkeiten und gescheiterter Privatisierungsprozesse in den Branchen, in denen die Gewerkschaft einst stark verankert war (Metall-, Chemieindustrie usw.). Die aktuelle Führung bemüht sich, diesen Prozess zu stoppen.

### GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Nach einem Konzentrationsprozess agieren unter dem Dach von Nezavisnost heute zehn Branchengewerkschaften, die in der Praxis von der Zentrale stark abhängig sind. Die mitgliederstärksten Nezavisnost-Branchengewerkschaften sind heute im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in den kommunalen Versorgungsbetrieben verankert. Beim 9. Gewerkschaftskongress im Oktober 2021 in Belgrad wurde Čedanka Andrić, die bisherige Chefsekretärin, zur neuen Vorsitzenden gewählt.

Obwohl alle Gewerkschaftsführungen in ihren Satzungen mittlerweile die finanzielle und politische Unabhängigkeit, die Grundsätze interner Demokratie, eine Entscheidung für den Sozialdialog und die europäische Integration betonen, können sich allein der SSSS und die UGS Nezavisnost an einer höheren internationalen Bekanntheit bei den europäischen Gewerkschaftsverbänden und internationalen Organisationen erfreuen. Beide Gewerkschaftsdachverbände wurden 2014 als vollwertige Mitglieder in den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) aufgenommen.

Im Jahr 1996 bildete sich der »Verband der freien und unabhängigen Gewerkschaften« ASNS (Asocijacija slobodnih i nezavisnih sindikata) aus der Branchengewerkschaft Metall von UGS Nezavisnost. Heute ist der Einfluss von ASNS im serbischen System der industriellen Beziehungen relativ gering und beschränkt sich auf einzelne Großbetriebe in acht Branchen. Den schwindenden Einfluss versucht ASNS durch kontroverse Kooperationen mit politischen Parteien zu kompensieren. So unterstützte der ASNS vor den Parlamentswahlen 2012 die wirtschaftsliberale Partei Liberaldemokratische Partei (LDP) und bekam dafür eine Vertreterin im serbischen Parlament (amtierende Vorsitzende: Ranka Savić). Dieses politische Engagement hat sich aber unterm Strich negativ auf das ohnehin beschädigte Image der Organisation ausgewirkt.

Es liegen keine verlässlichen Angaben zu Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in Serbien vor. Die angegebenen Zahlen stammen von aktuellen gewerkschaftlichen Internetseiten, sind jedoch angesichts der offiziellen Beschäftigtenzahlen auf dem serbischen Arbeitsmarkt keineswegs realistisch. Es ist aber davon auszugehen, dass der größte Dachverband etwa

45 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder versammelt, als zweitgrößter Dachverband erscheinen mittlerweile KSS und Nezavisnost mit 15 Prozent und 10 Prozent, die anderen Gewerkschaften (SLOGA, ASNS) sind deutlich kleinere Organisationen.

Arbeitsrechtsexperten Bojan Urdarević und Mila Petrović gehen davon aus, dass es in der Republik Serbien derzeit etwa 600 000 Beschäftigte gibt, die bei einer der Gewerkschaften organisiert sind. Laut ihrer Einschätzung liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Serbien bei 27,2 Prozent.

Tabelle 1

**Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Serbien**

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Savez Samostalnih Sindikata Srbije, SSSS (Bund der selbstständigen Gewerkschaften Serbiens)	Vorsitz: Ljubisav Orbović; stv. Vorsitz: Zoran Mihajlović	350 000	EGB, IGB
Ujedinjeni granski sindikati Nezavisnost, UGS NEZAVISNOST (Vereinigte Branchengewerkschaften Nezavisnost)	Vorsitz: Čedanka Andrić; Executive Secretary: Miloš Mijatović	114 000	EGB, IGB
Konfederacija Slobodnih Sindikata, KSS (Konföderation der freien Gewerkschaften)	Vorsitz: Ivica Cvitanović; Geschäftsführer: Dragan Milovanović	100 000 – 180 000	/
Udruzeni Sindikati Srbije Sloga, USS SLOGA (Vereinigte Gewerkschaften Serbiens Sloga)	Vorsitz: Željko Veselinović; stv. Vorsitz: Vladimir Radosavljević	Keine Angaben	WGB
Asocijacija Slobodnih Nezavisnih Sindikata, ASNS (Assoziation der freien und unabhängigen Gewerkschaften)	Vorsitz: Ranka Savić; stv. Vorsitz: Dragan Milovanović	Keine Angaben	/

Tabelle 2

**Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Serbien**

Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Samostalni sindikat zaposlenih u poljoprivredi, prehrambenoj, duvanskoj industriji i vodoprivredi, PPDIV (Selbstständige Gewerkschaft der Arbeiter_innen in Landwirtschaft, Ernährung, Tabakindustrie und Wasserverwaltung)	SSSS	Vorsitz: Dragan Zarubica	15 369	EFFAT
Samostalni sindikat metalaca Srbije, SSMS (Selbstständige Gewerkschaften der Metallarbeiter Serbiens)	SSSS	Vorsitz: Zoran Marković; stv. Vorsitz: Ljubodrag Cvrkotić	32 000	IndustriAll Europe IndustriAll
Unija sindikata prosvetnih radnika Srbije, USPRS (Union der Gewerkschaften der Arbeiter_innen im Bildungswesen Serbiens)	KSS	Vorsitz: Jasna Janković	27 000	/
Sindikata zaposlenih u zdravstvu i socijalnoj zaštiti Srbije (Gewerkschaft der Arbeitnehmer_innen im Gesundheitswesen und sozialen Schutz Serbiens)	SSSS	Vorsitz: Zoran Savić	52 000	EPSU, PSI
Jedinstveni sindikat Telekom Srbije, JSTS (Gewerkschaft der Telekom Serbiens)	KSS	Vorsitz: Slavoljub Kandić	4 000	/

Neben diesen Gewerkschaftsdachverbänden wird die aktuelle Landschaft Serbiens um Gewerkschaften ergänzt, die nach dem Jahr 2000 entstanden sind. Die finanziell einflussreicheren Einzel- oder Branchengewerkschaften, die mit der Arbeit der SSSS-Führung nicht zufrieden waren, gründeten im Jahre 2003 die »Konföderation der freien Gewerkschaften« (KSS). Dieser Gewerkschaftsdachverband hat eine starke Präsenz in den größten staatlichen Betrieben (u. a. der Serbischen Telekom, dem staatlichen Energiekonzern »Elektrowirtschaft Serbiens« und der Serbischen Post). Eine Ausnahme stellt die Industriegewerkschaft Serbiens (ISS) dar, eine Branchengewerkschaft, die Arbeitnehmer\_innen in der Privatwirtschaft organisiert.

Einige KSS-Branchengewerkschaften sind den europäischen Gewerkschaftsverbänden bereits als vollwertige Mitglieder beigetreten (UNI Europa, UNI Global, EUROFEDOP, IndustriAll Europe), weshalb auch der Gewerkschaftsdachverband nach einer Mitgliedschaft im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) strebt. Obwohl sie für serbische Verhältnisse ziemlich mitgliederstark (nach eigenen Angaben 180 000 Mitglieder) ist, zeichnet sich die KSS nach wie vor durch eine äußerst lose Organisationsstruktur, starke Branchengewerkschaften und eine schwache Koordinierung mit stark limitierten organisatorischen und analytischen Kapazitäten aus. Das Kernziel sieht dieser Dachverband in seinem Einzug in das staatliche tripartite Gremium, den Sozialwirtschaftlichen Rat Serbiens sowie in der Überprüfung der vorhandenen Institutionen des Sozialdialogs.

Die Vereinigte Gewerkschaft Serbiens USS SLOGA betrat 2008 als neuer Gewerkschaftsdachverband die Szene. Von Anfang an scheuten sich die Funktionäre dieser relativ kleinen Gewerkschaft nicht, ihren gesellschaftspolitischen Anspruch zu betonen. Organisationsschwerpunkte sind kommunale Betriebe und Industriebetriebe, darunter die wenigen ausländischen Investitionen wie die Automobilzulieferer in Zentral- und Südserbien und Teile des öffentlichen Dienstes. Obwohl die ideologische Selbstpositionierung der politischen Akteure in Serbien mit Vorsicht zu verstehen und von kurzfristigen Interessenüberlegungen geleitet ist, pflegen die Funktionäre von SLOGA in der Tat einen auffällig kritischeren Ton gegenüber der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Vučić. In den vergangenen Jahren führte die USS SLOGA eine mediale Kampagne gegen die Arbeitsbedingungen beim südkoreanischen Autozulieferer JURA in Kragujevac, was auf überraschend großes Interesse der Öffentlichkeit stieß. Mit der Kampagne wurde zugleich das aktuelle Wirtschaftsmodell der Regierung Vučić angeprangert, welches, aus Sicht der USS SLOGA, eine investorenfreundliche Politik ohne Rücksicht auf nationale Arbeitsstandards betreibt. Um ihre internationale Position zu verbessern, trat USS SLOGA Anfang 2016 dem Weltgewerkschaftsbund WGB bei.

Neben diesen Gewerkschaften, die die Mehrheit des Gewerkschaftsspektrums abdecken, gibt es noch eine Reihe kleinerer Betriebsgewerkschaften, die keine Mitglieder in übergeordneten Strukturen sind, sondern unabhängig von den Dachorganisationen existieren.

## ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Nach dem Sturz von Milošević und damit der demokratischen Wende im Jahr 2000 wurde eine Politik der »sozialen Partnerschaft« nach dem Vorbild mancher kontinentaleuropäischer Länder eingeführt. Nach diesem Modell sollten die Gesetze, die die sozioökonomische Sphäre betreffen, durch kontinuierliche Konsultationen mit den Sozialpartnern (Arbeitgebervereine, Gewerkschaften) die notwendige politische und rechtliche Legitimität erhalten und damit zur Stabilität im Kontext der europäischen Integration Serbiens beitragen. Auf Initiative der Gewerkschaften wurde 2001 die Institution des dreigliedrigen Rates für Interessenbestimmung (Gewerkschaften, Arbeitgeber und Staat), der sogenannte »Sozialwirtschaftliche Rat Serbiens« (SES), gegründet. Gleichwohl war der tripartite soziale Dialog sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene von Anfang an krisenbehaftet.

Die Ursachen der äußerst bescheidenen Effekte des sozialen Dialogs sind vor allem darin begründet, dass der Staat mit seinen rund 600 000 öffentlich Beschäftigten als größter Arbeitgeber auftritt und so kaum eine »dritte« Rolle im tripartiten Gremium einnimmt. Sobald dann schließlich wichtige Gesetze im Eilverfahren und ohne Konsultation des Sozialwirtschaftlichen Rates verabschiedet werden, entzieht sich der Staat dem sozialen Dialog, den er selbst in Form des SES institutionalisiert hat. Weiterhin wird die Legitimität des Gremiums an sich wegen der problematischen Repräsentativität der Sozialpartner infrage gestellt. Um anerkannter Partner in den dreigliedrigen Verhandlungen zu werden, müssen die Parteien bestimmten quantitativen und qualitativen Repräsentativitätskriterien auf Branchen- und Betriebsebene gerecht werden. Anfang der 2000er-Jahre wurde den Gewerkschaften SSSS und UGS Nezavisnost sowie der Arbeitgeberunion Serbiens diese Repräsentativität auf der nationalen Ebene attestiert. Seitdem beklagen sowohl die außenstehenden Gewerkschaften als auch andere Arbeitgeberorganisationen, dass die »Insider« jede weitere Neuprüfung dieses Status blockieren. Die Repräsentativität der neuen Organisationen kann nur im Repräsentativitätsausschuss des Sozialwirtschaftlichen Rates erfolgen, der aber wiederum von den Mitgliedern der »Insider«-Organisationen besetzt ist. Mit der Zustimmung zum Eintritt eines neuen »Players« stimmen die »Insider« praktisch für die Verringerung ihres eigenen Einflusses am Verhandlungstisch.

Außerdem beklagen Gewerkschaftsvertreter\_innen, dass sich die wirklich mächtigen wirtschaftlichen Akteure auf der Arbeitgeberseite durch erprobte Instrumente der Lobbyarbeit seit Langem dem institutionellen sozialen Dialog entziehen. Hier spielen die Vereinigungen ausländischer Investoren eine wichtige Rolle, z. B. der Rat der ausländischen Investoren, AmCham und weitere.

## GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Um als repräsentative Tarifpartei anerkannt zu werden, müssen Gewerkschaften auf Betriebsebene 15 Prozent und auf Branchenebene 10 Prozent der Arbeitnehmer\_innen organisieren. Die häufigen Neuwahlen in den vergangenen zehn Jahren sind ein weiterer störender Faktor, der sich negativ auf die Kontinu-

ität der ständigen Arbeitsgruppen des Sozialwirtschaftlichen Rates auswirkt. Deshalb überrascht es nicht, dass die Bedeutung des Gremiums in der medialen Wahrnehmung auf seine beratende und informative Rolle bei der Festlegung des Mindestlohns beschränkt bleibt. Da es in der Regel in diesem Prozess zu keiner Einigung zwischen den Sozialpartnern kommt, wird die Entscheidung in der Regel unilateral von der Regierung auf Basis eigener sachkundiger Einschätzungen aktueller Wirtschaftstrends getroffen. Der Mindestlohn in Serbien beträgt im Jahr 2024 monatlich 47 154 Dinar (rd. 402 €). Dies entspricht einer Erhöhung von 17,8 Prozent im Vergleich zum Jahr 2023, in dem der Mindestlohn bei 40 000 Dinar (rd. 341 €) lag. Der Mindeststundenlohn beträgt 271 Dinar (rd. 2,31 €).

Trotz des tatsächlich niedrigen Einflusses auf wirtschaftspolitische Entscheidungen bleibt die Teilnahme im Gremium hoch auf der Prioritätenliste der serbischen Gewerkschaften. Hier geht es auf informeller Ebene um Fragen des Ansehens und um die Möglichkeit, als rechtlich legitimierte Arbeitnehmervertreter an staatlichen und internationalen Projekten teilzunehmen. Funktionär\_innen von UGS Nezavisnost und SSSS werden automatisch in eine Vielzahl von Entscheidungsstrukturen der dreiseitig verwalteten Gremien (Sozialwirtschaftlicher Rat, Arbeitsamt, gesetzlicher Renten- und Gesundheitsfonds) einbezogen, sodass hinter den gewerkschaftlichen Streitigkeiten auch ein finanzielles Motiv nicht zu vergessen ist.

Viele Beobachter\_innen sehen aber gerade in dieser starken institutionellen Einbindung der Gewerkschaften in die Verhandlungsprozesse des sozialen Dialogs den wahren Grund für den Verlust ihres öffentlichen Ansehens. Die höchsten Gewerkschaftsfunktionäre werden nun als Teil der politischen Klasse gesehen, der sich damit nicht besonders stark von den politischen Parteien unterscheidet.

Die Tarifstrukturen und Kollektivverhandlungen sind in Serbien durch das gültige Arbeitsgesetz und indirekt durch eine Reihe von Konventionen und Empfehlungen internationaler Organisationen wie der ILO reguliert. Dennoch schaffen diese Dokumente seit Jahren keine günstigen Rahmenbedingungen für die Stabilisierung der Tariflandschaft. Es fehlt an gangbaren Prozeduren, Mechanismen, Rechten und Verpflichtungen der Tarifparteien im Verhandlungsprozess. Die fehlende Regulierung dürfte auch von geringem Interesse des Gesetzgebers für ein stabiles Tarifsysteem zeugen. Grundsätzlich dominieren in Serbien Firmentarifverträge. In diesem Zusammenhang stellt sich das Fehlen der entsprechenden Verhandlungsstrukturen als eines der größten Probleme dar. Laut aktuellem Arbeitsgesetz muss ein Arbeitgeberverband 10 Prozent aller Arbeitgeber in einer Branche organisieren, um als repräsentativer Verhandlungspartner anerkannt zu werden. Die Mitgliedsunternehmen der als repräsentativ anerkannten Union der Arbeitgeber Serbiens (UPS) beschäftigen jedoch nur eine kleine Anzahl der Arbeitnehmer\_innen und können so nicht als relevante Verhandlungspartner auftreten. Die Gewerkschaften in vielen Branchen (Metallindustrie, Bankensektor oder Einzelhandel) beklagen seit Jahren, dass die großen Unternehmen mit vielen Beschäftigten eben nicht Mitglieder der serbischen Arbeitgeberunion sind. Infolgedessen sprechen die Sozialpartner mehr übereinander als miteinander.

Das alles hat zur Folge, dass 2024 nur zwei Branchentarifverträge in der Privatwirtschaft in Kraft sind (Straßenbau und Bereich der Popkünstler). Die anderen Branchentarifverträge wurden im öffentlichen Sektor abgeschlossen, wo der Staat als Verhandlungspartner auftritt (Kulturbereich, Gesundheitswesen, Polizei, Bildungswesen, öffentliche Verwaltung, kommunale Betriebe usw.). Die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge in der Privatwirtschaft auf Betriebsebene ist nicht bekannt, da es keine gesetzliche Verpflichtung zu ihrer Veröffentlichung gibt und Arbeitgeber in der Privatwirtschaft in der Regel darauf bestehen, sie nicht zu veröffentlichen.

Nach den Änderungen des Arbeitsgesetzes aus dem Jahr 2014 hat sich das tarifpolitische Klima nach Ansicht führender Gewerkschafter eher noch verschlechtert. Branchentarifverträge sind sehr selten und werden durch die Lockerung der automatischen Allgemeinverbindlichkeitsregel praktisch unmöglich gemacht. Zwar können auch weiterhin Tarifvereinbarungen in Serbien durch den Entscheid des zuständigen Arbeitsministers für allgemein verbindlich erklärt werden und damit auch für Nichtmitglieder der Arbeitgeber- bzw. Gewerkschaftsverbände Gültigkeit erlangen. Das aktuelle Arbeitsgesetz schreibt nun aber vor, dass hierzu in Mitgliedsunternehmen eines »repräsentativen Arbeitgeberverbands« mindestens 50 Prozent aller Arbeitnehmer\_innen einer Branche beschäftigt sein müssen. Zuvor hatte diese Quote bei 30 Prozent der Arbeitnehmer\_innen einer Branche gelegen. Im Endeffekt liegt die Anzahl der Beschäftigten, die in Serbien in den Geltungsbereich von Tarifverträgen fallen, bei nur etwa 30 Prozent.

Für 2021 war die Bildung der dreigliedrigen Arbeitsgruppen für die Beratung zu den neuen Gesetzen im Bereich des sozialen Dialogs geplant (Arbeitsgesetz, Streik, Gesetz über den sozialwirtschaftlichen Rat). Die Aktivitäten der Arbeitsgruppen wurden aber wegen der Pandemiekrise verschoben.

#### GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die Einflussnahme der Gewerkschaften auf die im Parlament vertretenen Parteien ist gering. Die Kontakte sind sporadisch, werden aber in der Regel im Wahlkampf intensiviert. Politische Unterstützung wird nicht selten im Tausch gegen einen Listenplatz oder ein Regierungsamt gegeben. Sehr gute Beziehungen zu den Oppositionsparteien pflegt lediglich die Gewerkschaft USS SLOGA, welche im Rahmen der parlamentarischen Arbeit mit der oppositionellen SSP (*Stranka Slobode i Pravde*) zusammenarbeitet.

Auf der einen Seite handelt es sich um eine »Zweckehe«, die es der SSP ermöglicht, ihren beschädigten sozialdemokratischen Ruf in der öffentlichen Meinung zu stärken, auf der anderen Seite ermöglicht diese Koalition der USS SLOGA mit einem eigenen Abgeordneten im Parlament vertreten zu werden. Obwohl den Gewerkschaften klar ist, dass ein einzelner Abgeordneter nicht viel erreichen kann, geht es ihnen hier vor allem um Prestige und mediale Präsenz.

Im Gegensatz dazu entschied sich UGS Nezavisnost noch nach der demokratischen Wende im Jahr 2001 für die Unterzeichnung eines sozialen Pakts zur Einhaltung minimaler sozialer

Standards mit den Regierungsparteien. Dies war der Versuch, die Sozial- und Wirtschaftspolitik dieser Parteien mehr auf ihre Linie zu bringen. Dieses politische Arrangement erwies sich nach den Wahlen als eine große Enttäuschung für die Gewerkschaft, die seitdem keine weiteren parteipolitischen Abenteuer mehr eingegangen ist. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die UGS Nezavisnost der Opposition nähersteht.

Eine traditionelle Verbundenheit zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien, wie man sie aus manchen skandinavischen Industrieländern oder aus Deutschland kennt, gibt es in Serbien nicht. Dies hat auch mit der mangelnden Ausprägung sozialdemokratischer Programmatik bei den Parteien des linken Spektrums zu tun. Den Gewerkschaften mangelt es somit an Partnern mit aussagekräftigen sozialökonomischen Parteiprogrammen, die sie vorbehaltlos unterstützen könnten. Am ehesten käme dafür wohl die Demokratische Partei (DS) infrage. Hinsichtlich ihrer sozialen Basis sowie politischen Orientierung ist die DS jedoch eher mit liberalen Volksparteien als mit der traditionellen europäischen Linken vergleichbar. Der Rest der Linken in Serbien besteht aus Kleinparteien, die nur durch Koalitionen mit stärkeren Parteien am Leben erhalten werden können. Hinzu kommt die von ihrer nicht allzu weit zurückliegenden Vergangenheit gebeutelte Sozialistische Partei SPS.

Die aktuelle politische Konstellation erlaubt es den serbischen Gewerkschaften nicht, als politische Akteure zu agieren, die über verwandte Parteien ihre Interessen im politischen Dialog durchzusetzen versuchen, sondern es sind umgekehrt die Parteien, die Verbündete suchen, um ihre »soziale Sensibilität« zu zeigen. Deshalb geht jede Gewerkschaft mit der offenen Unterstützung für eine der Parteien im aktuellen politischen Spektrum ein hohes Risiko ein. Jede falsche politische Koalition seitens der Gewerkschaften dürfte zu ihrem weiteren Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit führen und zugleich die alten Konfliktlinien innerhalb der internen Strukturen verstärken. Aus diesen Gründen hielten sich serbische Gewerkschaften bis auf die Gewerkschaft SLOGA im Wahlkampf 2022 weitgehend zurück.

Die europäische Gewerkschaftstheorie sieht Impulse für die Revitalisierung von Gewerkschaften in den Frauen- oder Jugendsektionen. In der Tat gibt es auch in Serbien viele Themenkomplexe auf der Tagesordnung, die von den gewerkschaftlichen Nachwuchskräften oder Frauensektionen erfolgreich aufgegriffen werden könnten. Dazu zählen die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die dramatische Abwanderung qualifizierter junger Menschen ins Ausland und die um sich greifenden Formen der prekären Arbeit, Gender-Pay-Gap und vieles mehr. Leider verfügt derzeit nur der größte Gewerkschaftsdachverband SSSS über eine funktionierende Jugend- und Frauensektion. Dennoch wird den jungen und weiblichen Gewerkschaftsaktivist\_innen auch dort faktisch nicht viel Spielraum eingeräumt. Sie werden kaum in die Entscheidungsgremien aufgenommen, und es stehen ihnen nur geringe finanzielle Mittel zur Verfügung. Eine besorgniserregende Altersstruktur der Gewerkschaftsbewegung bleibt die unausweichliche und zukunftsgefährdende Folge einer solchen Gewerkschaftskultur.

**Bojan Ladjevac**, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Belgrad

### KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Osteuropa  
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:  
Dr. Constantin Groll, Referent Serbien/Montenegro,  
Ukraine, Moldau, Gewerkschaften  
[constantin.groll@fes.de](mailto:constantin.groll@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.